

Gemeinden und Abgabenteilung.Der Städtebund beim Bundeskanzler und Finanzminister.

Im Wiener Rathaus hielt heute vormittag der Grosse Ausschuss des Städtebundes eine Sitzung ab, die eingehendst zur Neuordnung der Abgabenteilung Stellung nahm. Es waren die dreissig grössten Städte Oesterreichs durch die Bürgermeister vertreten. Die Tagung wurde von Bürgermeister Seitz eröffnet. Der Bürgermeister von Klagenfurt, Dr. Bercht, berichtete ausführlich über die trostlose Finanzlage der Gemeinden und unterbreitete eine Reihe von Forderungen an die Regierung. Dazu sprachen die Bürgermeister Prof. Dr. Pomaroli (Villach), Hofrat Ott (Salzburg), Fischer (Innsbruck), Bundesminister a. D. Dr. Schürff (Mödling), Bürgermeisterstellvertreter Rückl (Graz), die Stadträte Prof. Holzer (Wr. Neustadt) und Dr. Fischer (St. Pölten), worauf Sekretär Honay folgende

Entschliessung über die Abgabenteilung

vorlegte:

Der Grosse Ausschuss des Städtebundes hat in seiner Sitzung vom 17. Mai 1930 nach eingehender Beratung einstimmig folgendes Forderungsprogramm anlässlich des Ablaufes des Abgabenteilungsgesetzes aufgestellt:

1. Der Städtebund, als überparteiliche Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, verlangt von der Bundesregierung, dass er zu den Beratungen über die Neuordnung der Abgabenteilung und zu allen Verhandlungen, die die Gemeinden berühren, eingeladen werde.
2. Der Städtebund verlangt, dass den Gemeinden von der Regierung keine neuen finanziellen Lasten auferlegt werden, da die ungeheure Arbeitslosigkeit allen Industriegemeinden und Städten derart grosse Fürsorgeausgaben verursacht, dass die Finanzlage der meisten Gemeinden trostlos genannt werden muss. Aus diesem Grund wendet sich der Städtebund auch mit allem Nachdruck gegen die Novelle zur Arbeitslosenversicherung, insoweit dadurch weitere Belastungen der Gemeinden verbunden sein könnten.
3. Der Städtebund verlangt, dass das Bundes-Präzipuum freigegeben und nach dem qualifizierten Bevölkerungsschlüssel auf die Gemeinden aufgeteilt werde.
4. Der Städtebund verlangt, dass vom 1. Jänner 1931 an die Gemeinden Anteile vom Ertrag der Landesbiersteuer erhalten.
5. Der Städtebund verlangt, dass endlich die Vermögenssteuer nach dem für die Teilung der Einkommensteuer bestehenden Schlüssel aufgeteilt werde.
6. Der Städtebund verlangt, dass für besonders notleidende Gemeinden ländersweise ein Ausgleichsfonds bei der Regierung geschaffen werde.
7. Der Städtebund verlangt, dass die Gemeinden vom Bund für die Besorgung der Geschäfte der politischen Verwaltung im übertragenen Wirkungskreis eine ausreichende Entschädigung bekommen.
8. Der Städtebund verlangt, dass bei der Aufteilung der gemeinschaftlichen Abgaben die Städte besonders berücksichtigt werden; die erhöhte Steuerleistung der städtischen Bevölkerung und die besonderen Aufgaben der Städte, die mit der Bevölkerungszahl progressiv wachsen, rechtfertigen einen

.....
weiteren Ausbau nach dieser Richtung.

9. Der Städtebund verlangt, dass die monopolartig gestal-
ten Betriebe der Gemeinden, entsprechend der Steuerpraxis im Deutschen Reich,
von der Körperschaftssteuer befreit werden. Vorläufig soll durch die Zusammen-
fassung dieser Betriebe eine gerechtere Bemessung der Steuer bewirkt werden.

10. Der Städtebund verlangt, dass die Regierung die Gemein-
den von jeder Leistung für die Kleinrentner enthebe.

Es wurde beschlossen, diese Forderungen sofort dem Bundes-
kanzler und Bundesfinanzminister zu überreichen und im September den Städtetag
abzuhalten, der sich mit der Entschliessung und der Antwort der Regierung zu be-
fassen haben wird.

Die Sitzung beschäftigte sich dann noch mit einer von Uni-
versitätsprofessor Dr. Walther Schiff verfassten kommunalen Finanzstatistik, de-
ren weiterer Ausbau beschlossen wurde. Dann hielt Bürgermeisterstellvertreter
Rückl (Graz), ein sehr interessantes Referat über kommunale Verwaltungsreform.
Sein Antrag, im Städtebund eine ständige Beratungsstelle für die Verbesserung
und Vereinfachung der Gemeindeverwaltung zu errichten, wurde einhellig ange-
nommen. Ferner beschloss die Sitzung, zur 10. Hauptversammlung der deutschen Ge-
meinden in der Tschechoslowakei Sekretär Honay zu entsenden. Auf Anregung des
Bürgermeisters Dr. Bercht werden die Landeshauptstädte am 5. Oktober anlässlich
der zehnjährigen Wiederkehr der Kärntner Volksabstimmung Erinnerungsfeiern
veranstalten.

Das Ergebnis der Vorsprache bei der Regierung.

Unter Führung des Obmannes der Geschäftsleitung des
Städtebundes, Vizebürgermeisters Emmerling, begab sich sodann eine grössere Ab-
ordnung von Bürgermeistern zu Bundeskanzler Dr. Schober. Der Bundeskanzler liess
sich genauen Bericht über die Forderungen der Gemeinden an die Regierung er-
statten und gab die Zusicherung, dass er dafür sorgen werde, dass der Städtebund
insbesondere zu den Beratungen über die Neuordnung der Abgabenteilung von der
Regierung beigezogen werden wird. Die Abordnung wurde anschliessend von Bundes-
finanzminister Dr. Juch empfangen, der die Entschliessung der Gemeindevertreter
entgegennahm. In einer längeren Aussprache begründeten die Bürgermeister ihre
Wünsche. Der Bundesfinanzminister erklärte, dass nicht die Absicht besteht, den
Gemeinden neue Lasten aufzuerlegen. Die Regierung hat noch keine Vorschläge
über die Abgabenteilung erstattet; die Städtevertreter werden jedenfalls
Gelegenheit haben, rechtzeitig zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Hoffentlich
werde ein Weg gefunden, um berechnigte Wünsche der Gemeinden zu erfüllen.